

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 9 (1989)
Heft: [2]: Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital

Artikel: Das Projekt "Befreiungshilfe" : Umriss einer alternativen Nord-Süd-Politik
Autor: Falk, Rainer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652666>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

III. Alternative Entwicklungspolitik, Solidaritätsbewegung und neuer Internationalismus

Rainer Falk

Das Projekt „Befreiungshilfe“

Umriss einer alternativen Nord-Süd-Politik *

Krise der Dritten Welt, Neuer Kolonialismus und Krise des Nachkriegsmodells

Die Dritte Welt bietet dem Beobachter heute kaum noch Anlass zu Hoffnung und Optimismus. Ihr Erscheinungsbild wird vielmehr wesentlich durch Katastrophenszenarien und vielfach miteinander verbundene Krisensyndrome bestimmt. Am meisten öffentliche Aufmerksamkeit erregten hierzulande die *Verschuldungskrise*, vor allem Lateinamerikas, und die fast schon periodisch wiederkehrenden *Hungersnöte*, von denen vor allem Afrika betroffen ist.

Beide Krisen sind jedoch nur die sichtbarsten und krassesten Auswüchse eines umfassenden Krisenprozesses, der auf der Dritten Welt lastet. Mindestens vier weitere Krisensyndrome müssen ins Blickfeld gerückt werden, wenn wir das ganze Ausmass des Niedergangs auch nur annähernd erfassen wollen. Hinter Hunger, Massensterben und Überschuldung steht eine allgemeine *Wachstums- und Entwicklungskrise*, deren wesentliches Kennzeichen nicht nur im Zurückbleiben der wirtschaftlichen Entwicklung hinter den Erwartungen besteht, sondern auch (und vor allem) darin, dass die jahrzehntelang zugrunde gelegten Leitvorstellungen von Entwicklung selbst obsolet geworden sind. Dies betrifft natürlich im wesentlichen die Paradigmen kapitalistischen Wachstums; aber auch die ehrgeizigen Entwicklungsziele unter sozialistischem Vorzeichen müssen heute in vielen Fällen als gescheitert angesehen werden.

Die *ökologische Krise* treibt in der Dritten Welt auf Ausmasse zu, die die Dimension der Umweltzerstörung, wie wir sie aus eigener Erfahrung kennen, heute schon bei weitem übertreffen. Im Gegensatz zu den Industrienationen beruht die Umweltzerstörung dort „auch auf elementarer Armut (die ihrerseits die Bevölkerungszunahme wesentlich mitbedingt)“ (1).

Vielerorts ist all dies mit einer *politischen Krise* der Herrschaftssysteme verbunden, die sich in einer wachsenden Unkontrollierbarkeit gesellschaftlicher Prozesse bis hin zur Auflösung elementarster staatlicher Strukturen und/oder in einer Tendenz zu diktatorischen Regierungen äussert. Nicht ver-

gessen werden dürfen schliesslich eine Reihe von *Regionalkrisen*, die sich vor dem Hintergrund zunehmender Militarisierung in zahlreichen regionalen Kriegen und Konflikten entladen.

Wie ist dieses beispiellose Aufeinandertreffen von Krisensyndromen zu erklären? Konservative Wirtschaftstheoretiker und Politiker werden nicht müde, auf „verfehlte wirtschafts- und entwicklungspolitische Strategien“ hinzuweisen, für die jetzt der Preis zu entrichten sei. Doch unabweisbar ist: Mehr als jemals zuvor sind die Länder und Völker der Dritten Welt in ihren Lebens- und Entwicklungsperspektiven von Einflussfaktoren abhängig, auf die sie nur geringen oder überhaupt keinen Einfluss haben. Steigende Zinsen und fallende Rohstoffpreise können jede sinnvolle Wirtschaftspolitik hinfällig werden lassen. Jedes Jahr gehen der Dritten Welt – so die Schätzung der gutbürgerlichen „Wirtschaftswoche“ – im Austausch mit den kapitalistischen Industrieländern mindestens 100 Mrd. US-Dollar verloren, sei es als Nettotransfer im Schuldendienst, sei es als Repatriierung von Profiten aus den Niederlassungen der transnationalen Konzerne, sei es durch Preisverfall und terms of trade-Verluste, Gebührenüberweisungen für Managementdienste und Technologietransfer (Patentgebühren) oder blosse Kapitalflucht (2).

Dependenztheoretiker wie Celso Furtado sprechen deshalb von einer „neuen Abhängigkeit“, die sich vor allem mit dem Wachstum der Auslandsschulden herausgebildet habe (3). Die bekannte Weltbank-Kritikerin Susan George sieht in der Schuldenkrise sogar eine besondere Form der Kriegsführung, einen „begrenzten finanziellen Konflikt“ (financial low-intensity conflict in Analogie zum low-intensity conflict auf militärischer Ebene), den der Westen gegen den Süden führe, um zu verhindern, dass sich die Dritte Welt zu einer Bedrohung entwickelt, ihre eigenen Bedingungen diktiert und das politische Kräftegleichgewicht zu ihren Gunsten ändert: „Wenn Gläubigerationen und -institutionen diesen Konflikt schüren, dann gibt es auch hier keinen linearen Ablauf von der Art, dass Kredite aufgenommen, Rückzahlungen fällig und Schulden getilgt werden. Sie unterhalten vielmehr einen Prozess ohne absehbares Ende, der dem Norden erlaubt, alle Ambitionen des Südens auf wirkliche Unabhängigkeit zu vereiteln und sich den privilegierten Zugang zu den Ressourcen des Südens und seiner industriellen Kapazität zu den niedrigsten Kosten zu sichern“ (4).

Die Dritte Welt ist nach diesen Analysen also offensichtlich mit einem „neuen Kolonialismus“ konfrontiert, einem Kolonialismus vor allem finanzieller Art, der jeglichen Emanzipationsbestrebungen enge Grenzen setzt und selbst elementarsten Lebensinteressen ganzer Völker den Boden entzieht. Doch kann dieser neue Kolonialismus weder als blosse Fortschreibung dessen begriffen werden, was für die 60er und 70er Jahre oft als Neokolonialismus analysiert wurde (5), noch als schlichte Neuauflage traditioneller Kolonialpolitik. Und dies nicht einmal deshalb, weil er die bislang dagewesenen Formen der Vorherrschaft und Ausplünderung an Effizienz bei weitem übertrifft. Entscheidend ist vielmehr, dass dieser „neue Kolonialismus“ (*erstens*) selbst noch Ausdruck eines tiefgreifenden Strukturbruchs im System

der weltweiten kapitalistischen Akkumulation und der internationalen Beziehungen ist und dass er (*zweitens*) die wesentlichen Grundlagen des nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Nord-Süd- oder besser: West-Süd-Verhältnisses untergräbt, wobei dieser Vorgang erstmals auch wieder die Stabilität gesellschaftlicher Strukturen in den Metropolen ernsthaft berührt. Hinzu kommt (*drittens*), dass die Entwicklungskrise der Dritten Welt und der Nord-Süd-Beziehungen heute auf vielfache Weise mit weiteren globalen Bedrohungen, vor allem mit den in den Rüstungen angesammelten Zerstörungspotentialen und der weltweiten Gefährdung des ökologischen Gleichgewichts, verknüpft ist und diese globalen Problemkomplexe sich gegenseitig verstärken und hochschaukeln.

Was bedeutet dies im einzelnen?

a) Strukturbruch in den Nord-Süd-Beziehungen

Im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren, als Wachstum und Entwicklung, wenngleich eingebunden in einen neokolonialen und auf die Bedürfnisse der Weltmarktintegration zugeschnittenen Kontext, immerhin gültige Maximen der herrschenden Politik gegenüber der Dritten Welt waren, erscheinen die Konzepte der 80er Jahre in vielerlei Hinsicht als eine Art „Gegen-Entwicklungspolitik“ (6).

Was also hat sich geändert? Der mit dem kapitalistischen Wachstumsmodell der Nachkriegsperiode („Fordismus“/„Keynesianismus“) einhergehende Neokolonialismus hatte auch für die Entwicklungsländer bis zu einem gewissen Grade Wachstums- und Entwicklungsgarantien bereitgehalten, die jedoch vor dem Hintergrund der Krise dieses Modells nicht mehr eingelöst werden können (7). Im Ergebnis kommt es zur Blockade von (ohnehin schon deformierten) Entwicklungsprozessen in der Dritten Welt, zu Rückentwicklungen in Form von De-Industrialisierungsprozessen und zu (Beinahe-)Zusammenbrüchen. Auf der politischen Ebene erscheint dies als Abbruch des Nord-Süd-Dialogs. Aber auch der technologische Wandel wirkt in die Richtung einer Entwicklungsblockade der Dritten Welt: die Substituierbarkeit vieler mineralischer Rohstoffe durchkreuzt Preissteigerungsstrategien auf absehbare Zeit; die Gen- und Biotechnologie wird viele agrarische Rohstoffe der Dritten Welt ersetzen können; die neuen Management-Technologien machen die Rückverlagerung von Produktionsstätten in die Zentren möglich, freilich ohne dass dies dort mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden sein müsste (8).

b) Krise des Regulationstyps

Die Krise der Dritten Welt erweist sich in dieser Perspektive nur als *ein* Moment einer umfassenden Krise des kapitalistischen Regulationsmodus der Nachkriegsperiode (9). An dieser Stelle geht es nicht darum, den inneren Zusammenhang dieses Umbruchprozesses selbst detailliert darzustellen. Gleichwohl scheinen einige seiner zentralen Momente wesentlich, um die

Veränderungen im Nord-Süd-Verhältnis verstehen und entsprechende Schlussfolgerungen für die Entwicklung alternativer Wege ziehen zu können.

Im Zentrum dieses weltwirtschaftlichen Umbruchprozesses steht offensichtlich ein auf zweifache Weise veränderter Akkumulationstyp des Kapitals, der sich in einem entsprechenden Wandel des Investitionsverhaltens der Unternehmen ausdrückt. Dabei ist es wichtig, zwischen realer und monetärer (geldwirtschaftlicher) Akkumulation ebenso zu unterscheiden wie zwischen intensiver und extensiver Reproduktion von Kapital. Was bedeutet dies konkret?

Erstens: Vor dem Hintergrund rückläufiger Profitraten, abnehmender Gewinnerwartungen und stagnativer Grundtendenzen in den kapitalistischen Zentren kommt es zunächst (mit dem Auslaufen der Rekonstruktionsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre) auf der Ebene der realen, d.h. auf den Produktionsapparat bezogenen Investitionen zu einer Gewichtsverschiebung. Statt wie bisher auf vorrangig „extensivem“ Weg, also über echte Kapazitätserweiterungen, Produktions- und Nachfragesteigerungen, versuchen die Grossunternehmen das Ziel der Gewinnmaximierung jetzt mehr und mehr auf „intensivem“ Weg zu erreichen. In den Mittelpunkt der unternehmerischen Investitionspolitik rücken Kostensenkung und Flexibilisierung. Dazu gehören der bevorzugte Einsatz von arbeits- und kapitalsparender Technologie, die tendenzielle Beschränkung auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, aber auch der beschleunigte Aufbau von Produktionspotentialen im Ausland, also eine Tendenz zur weltweiten Nutzung von Produktionsstandorten, darunter natürlich auch von „kostengünstigen“ Produktionsmöglichkeiten in der Dritten Welt. Diese Veränderungen sind je nach Blickwinkel als „neuer Typ der Akkumulation“ (Hickel) (10) oder auch als Trend zu einer „neuen internationalen Arbeitsteilung“ (Fröbel/Heinrichs/Kleye) (11) analysiert worden.

Zweitens: Nicht übersehen werden darf aber eine weitere Veränderung in der kapitalistischen Akkumulationsdynamik, die der Gesamtentwicklung des weltwirtschaftlichen Strukturwandels in den 80er Jahren mehr und mehr ihren Stempel aufdrückte: die Verlagerung der Gewichte von der realwirtschaftlichen auf die monetäre Ebene des Gesamtsystems der Kapitalakkumulation. Diese „Entkoppelung von realer und monetärer Akkumulation“ (Altvater) (12) spiegelte sich nicht zuletzt wider in der beispiellosen Aufblähung des internationalen Kreditsystems, über das die Kapitalüberschüsse der OPEC-Staaten und der Grossunternehmen in den Metropolen seit Mitte der 70er Jahre gewinnbringend in die Dritte Welt kanalisiert wurden. Sie zeigte sich darüber hinaus im Anwachsen aller möglichen Formen der vornehmlich zinstragenden Kapitalanlage zu Lasten von Investitionen im Bereich der Produktion, in der Zunahme von Spekulationsgeschäften aller Art bis hin zum tönernen Börsenboom der 80er Jahre. Man könnte dies alles – um eine griffige Formel zu gebrauchen – als „Neue Internationale Finanzordnung“ beschreiben, die naturgemäss die Tendenz zu einer „neuen internationalen Arbeitsteilung“ spürbar abbremst, aber gleichermassen verhee-

rende Auswirkungen in den Metropolen (Stichworte: strukturelle Massenarbeitslosigkeit, neue Armut, Zwei-Drittel-Gesellschaft) zeitigt.

Bei der Durchsetzung dieses gewandelten Akkumulationstyps handelt es sich um einen krisenhaften Prozess, der mit zwei weiteren Umbruchtendenzen verknüpft ist, die für das kapitalistische Weltsystem in seiner Gesamtheit von grundlegender Bedeutung sind. Es ist dies zum einen eine wachsende Erosion der Hegemoniestrukturen der kapitalistischen Nationalstaaten untereinander, wie sie in der Nachkriegsperiode für längere Zeit Bestand gehabt hatten, zum anderen eine fortschreitende Aushöhlung nationalstaatlicher und internationaler Regulierungskapazitäten selbst, die die beispiellose Prosperität kapitalistischen Wachstums nach dem Zweiten Weltkrieg abgestützt hatten.

Während die erste Tendenz im nicht zu übersehenden Niedergang der USA als eindeutiger und unumstrittener Hegemonial- und Vormacht des kapitalistischen Weltsystems und einer Verschiebung der Gewichte zugunsten der Staaten der Europäischen Gemeinschaft und Japans (in gewisser Weise auch im Aufstieg einer kleinen Gruppe von „neu-industrialisierten“ Staaten, den sogenannten „vier Tigern“ des ostasiatischen Raums) zum Ausdruck kommt, zeigt sich die zweite Tendenz vor allem in einer beispiellosen Welle der Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft, die in den wichtigsten Ländern des kapitalistischen Zentrums zu einer neuen Stufe aussenwirtschaftlicher Verflechtung und Interdependenz führt und mit neuen Dimensionen der nationalen und vor allem der internationalen Kapitalkonzentration und -monopolisierung einhergeht. (...)

c) Globaler Umbruch

Wenngleich das System und seine Protagonisten auf vielfache Weise auf die beschriebenen Tendenzen reagiert haben, lässt sich bislang kaum sagen, dass sich bereits ein kohärentes Modell gefunden hätte, das der Tiefe der Strukturveränderungen im Sinne der Einleitung einer neuen „langen Welle“ der Prosperität kapitalistischer Entwicklung gerecht werden würde. Weder die im Neoliberalismus zum Prinzip erhobene Deregulierung der Wirtschaft noch die wirtschaftspolitischen Fragen (etwa im Rahmen der Treffen der Gruppe der sieben stärksten kapitalistischen Industrieländer) stellen offensichtlich adäquate Antworten auf die Herausforderungen der Krise dar.

Dies gilt um so mehr, als es sich nicht nur um eine Krise bzw. einen strukturellen Bruch in der *kapitalistischen* Entwicklung handelt, sondern dieser sich auf der Basis einer tiefgreifenden Revolutionierung des Produktivkraftsystems mit *Bedrohungen und Gefährdungen globaler Art* verknüpft, die weder durch eine Politik des „Laissez-faire“ noch durch nationale Alleingänge oder Agieren im exklusiven Rahmen westlicher Führungsmächte handhabbar bzw. zu bewältigen sind. Das betrifft in erster Linie die Problematik der in den Rüstungen in West und Ost angehäuften Destruktivpotentiale mit ihren negativen Effekten auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und der damit prinzipiell gegebenen Möglichkeiten zur Vernich-

tung der menschlichen Existenz schlechthin.

Weithin unkontrollierter Produktivkraft- und Technologieentwicklung ist auch die wachsende Bedrohung und Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen der Menschheit geschuldet, angefangen bei der Verschmutzung der Umwelt, über die Aufheizung der Atmosphäre, die Zerstörung tropischer Regenwälder mit ihren unkalkulierbaren Auswirkungen auf die globale Klimaentwicklung, die Überausbeutung regenerierbarer und nichtregenerierbarer Ressourcen, bis hin zu sich häufenden Technik-Katastrophen vom Typ Tschernobyl und Harrisburg, Seveso und Bophal. Der vielfach unwiderrufliche Charakter der heute zu beobachtenden Zerstörungen am globalen Ökosystem macht schnelle, tiefgreifende und umfassende Lösungen erforderlich, die freilich bei dem gegebenen niedrigen Stand internationaler Kooperation und Zusammenarbeit kaum gefunden werden können.

Die Krise als Chance?

Die konkreten Auswirkungen dieser Krisenprozesse auf die Dritte Welt müssen an dieser Stelle nicht näher beschrieben werden; sie stellen sich dar als wachsende „De-Monetarisierung“ und „ordnungspolitische“ Konditionierung der Dritten Welt, als zunehmende Militarisierung der Entwicklungswelt, als um sich greifende ökologische Zerstörung und Absturz immer größerer Bevölkerungsteile in die absolute soziale Verelendung, aber auch in wachsender sozialer Zersplitterung und Atomisierung. Wichtiger erscheint hier die Frage, ob nicht die Krise selbst noch begriffen werden kann als Chance der Neubestimmung von Entwicklungszielen und der Durchsetzung alternativer Entwicklungslogiken. Die Analyse des Umbruchs in den Nord-Süd-Beziehungen, des Strukturbruchs im kapitalistischen Akkumulations- und Regulierungstyp und die Verknüpfung mit globalen Bedrohungen verweist insgesamt darauf, dass wir es nicht nur mit einer Effektivierung von Herrschaft in globalem Massstab zu tun haben, sondern dass – bei wachsender Interdependenz von Problemen – die Steuerungs- und Regulierungskapazitäten, die zur Bearbeitung dieser Probleme zur Verfügung stehen, allenthalben abgenommen haben, teils im Ergebnis kapitalistischer Krisenentwicklung, teils aufgrund der kumulativen, sich gegenseitig hochschaukelnden Wirkungen der globalen Probleme selbst.

Für die Frage nach politischen Alternativen im Bereich der Dritten Welt hätte ein solches Herangehen u.a. die folgenden Konsequenzen:

Alternativen zur herrschenden Entwicklungspolitik können heute weniger denn je aus dem verengten Blickwinkel der traditionellen Entwicklungshilfepolitik und noch weniger aus der Perspektive einzelner entwicklungspolitischer Projekte entwickelt werden. Sie müssen die Gesamtheit der (politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen) Beziehungen zwischen Erster und Dritter Welt im Auge haben. Denn mehr denn je wird das politische und wirtschaftlich-soziale Schicksal der Länder und Völker heute von Faktoren bestimmt, die mit herkömmlicher Entwicklungshilfe nur bedingt etwas zu tun haben: Politische Machtverhältnisse, Strukturen des Weltmark-

tes und der internationalen Arbeitsteilung, privatwirtschaftlich organisierte Investitions- und Finanzbeziehungen, militärische Herrschafts- und Interventionsstrategien, neue Formen und Dimensionen der ideologisch-kulturellen Durchdringung und Hegemoniesicherung.

Werden diese Rahmenbedingungen ausser acht gelassen, können sich schnell auch die bestgemeinten Projekte als Fata Morgana erweisen, deren Wirkungen sich angesichts widriger Umfeldbedingungen in Luft auflösen. Welche Aussicht auf Erfolg hat zum Beispiel ein kleinbäuerliches Genossenschaftsprojekt inmitten einer von kapitalistischen Agro-Industrie-Komplexen dominierten Landwirtschaft, deren Preise von den ungezügelten Gesetzen des Weltmarktes bestimmt werden? Oder: Welchen Stellenwert haben Projekte der Grundbedarfsdeckung für die Armen, wenn die wirtschaftspolitischen Koordinaten eines Landes auf die Maximierung der Exportleistung zum Zwecke der Devisenerwirtschaftung für den Schuldendienst ausgerichtet sind?

Entwicklungspolitische Alternativvorstellungen müssen unter derartigen Bedingungen vor allem auf die Durchsetzung veränderter Rahmenbedingungen für die Entwicklung zielen, wobei natürlich noch zu definieren wäre, was unter „Entwicklung“ im einzelnen zu verstehen ist. Die Erfahrung der bisherigen „Entwicklungszusammenarbeit“ verweist immerhin darauf, dass die Gleichung „Finanzielle Transfers + Know How = Entwicklung“ nicht aufgegangen ist, während umgekehrt Entwicklung ohne die Mobilisierung materieller und menschlicher Ressourcen im weitesten Sinne ebenfalls nicht denkbar ist.

Ein Alternativansatz hätte entwicklungspolitische Optionen in jedem Falle so zu formulieren, dass sie auf die Förderung und Begünstigung von Befreiungsprozessen ausgerichtet sind. Dies schliesst die Reformulierung vieler konkreter Einzelvorschläge für die Entwicklungshilfe im engeren Sinne ein. Zugleich wäre jedoch der traditionelle Ansatz der Entwicklungspolitik selbst (verstanden als Politik des Ressourcentransfers) zugunsten eines umfassenderen Konzepts der *Befreiungshilfe* zu überwinden. „Befreiungshilfe“ in diesem Sinne wäre zu verstehen als eine Politik,

- die auf die Durchsetzung neuer Spielräume für die eigenständige Formulierung und Umsetzung von Entwicklungszielen in der Dritten Welt selbst orientiert,
- die die Mobilisierung von Ressourcen für die Dritte Welt einschliesst, vor allem aber die eigenständige Mobilisierung von Ressourcen innerhalb der Entwicklungsländer begünstigt und nicht behindert oder gar Ressourcen von dort abzieht (wie gegenwärtig der Fall).

So verstanden stellt sich die „entwicklungspolitische Gretchenfrage“, die Frage nach der Entscheidungsalternative, auf allen Feldern der Nord-Süd-Politik heute radikal als Wahl zwischen der Fortsetzung jenes „neuen Kolonialismus“ und einer Eroberung neuer Spielräume für Befreiungsprozesse. Letztere sind heute vielfach gleichbedeutend mit der Sicherung elementarster Lebensrechte für relevante Teile der Erdbevölkerung. Eine „Politik der Befreiungshilfe“ zielt hier, wenn man so will, auf die Schaffung einer „inter-

nationalen Überlebensökonomie“, auf die „äusseren“ Rahmenbedingungen des Überlebens von zwei Dritteln bis drei Vierteln der Menschheit.

Auch ein solcher alternativer Ansatz muss sich freilich – zumal wenn er aus der Perspektive der Metropolen formuliert wird und den Beigeschmack eines neuen Paternalismus vermeiden will – auf seine Kriterien befragen lassen. Wenn im Sinne wirklicher Veränderungen politisch gestaltend eingegriffen werden soll, kann es dabei weder um die Formulierung abstrakt-utopischer Wunschbilder noch um das blosses Ausloten des „realistischerweise Machbaren“ innerhalb der gegebenen Strukturen und Grenzen des Systems gehen. Ein politikfähiger Ansatz im Bereich der Nord-Süd-/Entwicklungspolitik wird mindestens dreierlei zu leisten haben:

Erstens wird er nicht ohne einen „utopischen Überschuss“ (Ernst Bloch) auskommen können. Dazu bedarf es vor allem des bewussten politischen Bezugs auf Forderungen und Bewegungen, die sich in der Dritten Welt selbst artikulieren. Gerade die dortigen politischen Kräfte (Befreiungsbewegungen, neue soziale Bewegungen, auch progressive Regierungen) erwarten heute von uns über die materielle Unterstützung hinaus (auch dies ist übrigens Befreiungshilfe!) die Beeinflussung weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Parameter von den Metropolen aus.

Zweitens wird er Ansatzpunkte für Veränderungen in den Bruchstellen des gegebenen Systems der kapitalistischen Weltwirtschaft und seiner widersprüchlichen Entwicklungsdynamik aufspüren müssen. Es bedarf also auch des analytischen Bezugs auf reale weltpolitische und weltwirtschaftliche Entwicklungstendenzen und Bedrohungspotentiale.

Drittens wird er um die Frage nach den Interessenlagen, die sich in den Metropolen möglicherweise mit einer neuen Nord-Süd- und Entwicklungspolitik verknüpfen, keinen Bogen machen können, also die Frage nach den möglichen Trägern, die Veränderungen auch durchzusetzen in der Lage sind, beantworten müssen. Diese Frage erschliesst sich heute vor allem über die Analyse der Rückwirkungen internationaler Krisenprozesse auf die Systeme und Bevölkerungen in den Zentren.

Nur wenn auf diese Fragen schnell schlüssige und überzeugende Antworten gefunden werden, wird es möglich sein, die Krise als Chance zu nutzen.

Umriss und Ansatzpunkte für ein Alternativkonzept

Was die Frage eines „utopischen Überschusses“ betrifft, ist das programmatisch-politische Denken der Befreiungs- und anderer sozialer Bewegungen in der Dritten Welt überaus reichhaltig und bis heute weder „erschöpft“, noch vollständig erschlossen. Die „Negation des historischen Prozesses des beherrschten Volkes durch widerrechtliche, gewalttätige Beschneidung des freien Entwicklungsprozesses der nationalen Produktivkräfte“ (Amilcar Cabral) ist dort keineswegs aufgehoben, sondern durch die Zwangsmechanismen der finanzkapitalistischen Rekolonialisierung auf die Spitze getrieben worden. Die Sicherung des elementarsten Lebensrechts der Mehrheit der Bevölkerung innerhalb der einzelnen Länder bleibt unter diesen Bedingun-

gen eine mobilisierende Vision des Befreiungskampfes.

Die soziale Emanzipation der Menschen und Völker stösst jedoch immer deutlicher an die Grenzen „äusserer“, weltwirtschaftlich bedingter Zwangsverhältnisse. Insofern bleibt der Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt auf die Vision einer neuen Weltordnung angewiesen. Zwar ist die Auseinandersetzung um die zu Beginn der 70er Jahre entwickelte Konzeption einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung in eine Sackgasse geraten. Ihre weitreichenden Forderungen werden jedoch – möglicherweise um neue ergänzt – auch künftig die Kriterien und Fixpunkte darstellen, an denen jede Politik gegenüber dem Süden gemessen werden muss und die im Mittelpunkt der Bildung breiter politischer Koalitionen (Blockfreie, Gruppe der 77 usw.) stehen werden. Dies wären etwa:

- politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Souveränität der Entwicklungsländer gegenüber transnationalen Konzernen, internationalen Finanzorganisationen und westlichen Regierungen;
- insbesondere: Herstellung der Souveränität über die nationalen Ressourcen, Gewährleistung des Rechts zur Enteignung transnationaler Konzerne nach nationalen Rechtsgrundsätzen und auf selbstbestimmte Wahl des eigenen Entwicklungswegs;
- Herstellung voller Gleichheit und Partizipation der Entwicklungsländer in internationalen Organisationen;
- Stabilisierung von Exporterlösen und -preisen, vor allem bei Rohstoffen, auch auf dem Weg von Zusammenschlüssen und Erzeugerkartellen;
- Nichtdiskriminierung und Begünstigung der Entwicklungsländer im internationalen Handel, vor allem beim Import von Technologie und beim Zugang zu internationalen Absatzmärkten;
- Steigerung des Ressourcentransfers aus den reichen in die armen Länder.

Im Lichte der Erfahrungen der 80er Jahre könnten hinzukommen:

- umfassende Verwirklichung der Menschenrechte, einschliesslich der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechtskodices und des „Rechts auf Entwicklung“;
- Durchsetzung ökologischer Standards im internationalen Rahmen, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und der Zerstörung der Umwelt Einhalt zu gebieten.

Eine solche Ordnung ist gegenwärtig freilich nirgendwo in Sicht. Dennoch könnte die Tiefe der Krise in der Dritten Welt selbst – so befremdlich dies zunächst klingen mag – eine Umkehr der Entwicklungsrichtung erzwingen: Anknüpfend an den ohnehin sich vollziehenden Prozess der „Abkoppelung“ vieler Dritte-Welt-Länder aus der Weltwirtschaft (z.B. in Gestalt sinkender Anteile bei Direktinvestitionen und auch im internationalen Handel) müssten neue Spielräume politisch bewusst erschlossen werden. Dies würde vor allem den Übergang zu einer Politik der prioritären Förderung einer agrarzentrierten Binnenmarktentwicklung sowie einen nur noch selektiven Bezug auf die Zusammenhänge des Weltmarktes erfordern. „Agrarzentriert deshalb, weil in der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten ein erheblicher Mangel besteht, so man nationale Selbstversorgung als Ziel nimmt.

Diese Veränderungen markieren einen tiefgreifenden Wandel in den Handlungsbedingungen der traditionellen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung; zugleich bilden sie den materiellen „Nährboden“ für die Entstehung neuer sozialer Bewegungen. Beide stossen bei der Verfolgung ihrer jeweiligen Anliegen heute mehr und mehr auf deren Zusammenhänge im globalen Massstab, sei es, weil im nationalstaatlichen Zusammenhang erkämpfte „Errungenschaften“ durch international angelegte Kapitalstrategien bedroht werden, sei es, weil die Bezugsprobleme der Bewegungen selbst globalen Charakter angenommen haben. Dabei stellt sich die Frage nach der weltweiten Verknüpfung von Interessenlagen heute offensichtlich auf eine Weise, die weder durch eine voraussetzungslose Übereinstimmung noch durch einen unversöhnlichen Gegensatz der Interessen (von Mehrheiten) gekennzeichnet ist. Schon deshalb wird ein auf rein materiell-ökonomische Aspekte verengter Interessenbegriff der neuen Konstellation nicht gerecht werden können (17).

Ein Konzept von Befreiungshilfe wird also – sofern es die Überwindung dieser Defizite zu seinem Orientierungsrahmen macht – an vielfältigen realen Interessenlagen auch in den Metropolen anknüpfen können. Entscheidend für die (nur auf politischem Wege denkbare) Überwindung von tatsächlichen oder vermeintlichen Gegensätzen zwischen den Mehrheitsinteressen hier und in der Dritten Welt wird sein, ob es gelingt, die Perspektive neuer internationaler Rahmenbedingungen für die Entwicklung programatisch mit Optionen der innergesellschaftlichen Veränderung in den Metropolen selbst zu verbinden. So wie sich heute schon wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzepte an Kriterien sozialer und ökologischer Verträglichkeit messen lassen müssen, so müssten diese künftig auch darauf hin überprüft werden, ob sie mit den elementarsten Interessen von zwei Dritteln bis drei Vierteln der Menschheit (eben in der Dritten Welt) vereinbar sind oder diesen zuwiderlaufen (18).

Wo zeichnen sich in der realen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung gegenwärtig Bruchstellen ab, an denen ein entwicklungspolitischer Neubeginn – im Sinne der Durchsetzung alternativer Entwicklungslogiken – ansetzen könnte? Ich sehe vor allem drei Bereiche:

1. Die Auflockerung weltpolitischer Konfrontationstendenzen im Gefolge der neuen Entspannungspolitik zwischen den Grossmächten USA und UdSSR, wie sie vor allem im INF-Vertrag und in der ansatzweise erfolgreichen Abkoppelung regionaler Konflikte in der Dritten Welt vom Ost-West-Konflikt zum Ausdruck kommt, schafft auch Raum für neue Anläufe im Bereich der „Nord-Süd-Politik“, nicht nur wegen der damit einhergehenden allgemeinpolitischen „Klimaverbesserung“, sondern auch wegen der mit einer Fortsetzung des Abrüstungsprozesses wachsenden Möglichkeiten der Umwidmung vorhandener Ressourcen für friedliche Entwicklungszwecke. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang sicherlich der Umstand, dass die Bereitschaft zu Entspannung und Abrüstung auf Seiten der UdSSR auch mit einem Umdenken in bezug auf den Stellenwert der Dritten Welt und ihrer Entwicklungsprobleme verbunden ist.

2. Die Neubestimmung von weltweiten Markt- und Hegemonialstrukturen, wie sie in der Erosion der US-amerikanischen Vormachtstellung und der damit einhergehenden Verschiebung der Gewichte zugunsten der Europäischen Gemeinschaft (EG-Binnenmarkt!) und Japans zum Ausdruck kommt, beinhaltet auch einen Prozess der Restrukturierung der Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Zentren und deren abhängiger Peripherie. Dieser Prozess verläuft bislang fast vollständig im Zeichen dessen, was oben mit dem Stichwort „neuer Kolonialismus“ benannt wurde. Gleichwohl wächst unter dem Druck von aussen auch der Zwang zur Verstärkung politischer und ökonomischer Integrationsbestrebungen in der Dritten Welt, der verschiedenen Formen des „collective self-reliance“, wie sie auf politischer Ebene im Rahmen der Blockfreien trotz aller Unkenrufe schon lange Bestand haben und in jüngster Zeit auch in wirtschaftlicher Hinsicht neu zu beobachten sind (z.B. in Lateinamerika) (19).

3. Schliesslich birgt auch das derzeit vorherrschende Krisenmanagement selbst (z.B. in der Schuldenkrise) eine Reihe von Bruchstellen, die darauf verweisen, dass es auf Dauer nur schwer gegen die Interessen der Mehrheiten durchzuhalten ist. In der Schuldenfrage häufen sich die Anzeichen für einen Strategiewechsel in dem Sinne, dass Schuldenerleichterung einschliesslich von Forderungsverzichten allmählich an Akzeptanz gewinnt. Auf Dauer dürfte auch in anderen Bereichen dem gewachsenen Problemdruck mit der zum Prinzip erhobenen *Deregulierung* kaum noch zu begegnen sein und um die Einsicht in die Notwendigkeit einer stärkeren *Regulierung* von Finanz- und Kapitalbewegungen kein Weg herumführen.

Natürlich dürfen diese stichpunktartigen Hinweise nicht im Sinne einer automatischen „Wende zum Besseren“, die in den Verhältnissen selbst angelegt sei, missverstanden werden. Sie verweisen vielmehr auf die Notwendigkeit, internationale Machtverhältnisse zu verändern und den politischen Druck in dieser Richtung zu verstärken. Dieser Druck wird um so wirksamer sein, je besser es gelingt, den derzeit vorherrschenden Tendenzen und Machtstrukturen die Perspektive einer umfassenden Demokratisierung und Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen entgegenzusetzen (20).

* Es handelt sich hier um eine für die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ (2'89) bearbeitete und von der Redaktion „Widerspruch“ leicht gekürzte Version des ersten Kapitels des demnächst im Pahl-Rugenstein erscheinenden Buches „Befreiungshilfe. Alternativen der Entwicklungspolitik“ von Rainer Falk. Einige Aspekte hat er auf dem Kongress in Zürich in Thesenform zur Diskussion gestellt.

Anmerkungen

- 1) Manfred Wöhlcke: Der unterentwickelte Fortschritt. Umweltzerstörung und Ressourcenplünderung in der Dritten Welt: In; „Blätter“, 10/1988, S. 1210.
- 2) Vgl. „Wirtschaftswoche“, 20.11.1987.
- 3) Vgl. Celso Furtado: A nova dependência – dívida externa e monetarismo, Rio de Janeiro 1982.
- 4) Susan George: Sie sterben an unserem Geld. Die Verschuldung der Dritten Welt, Reinbek bei Hamburg 1988, S.313.
- 5) Vgl. dafür z.B. Rainer Falk: Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte

- Welt, Köln 1986.
- 6) Vgl. Franz J. Hinkelammert: *La deuda externa de America Latina – el automatismo de la deuda*, Costa Rica 1988. Dt. der Schuldenautomatismus. In: „...in euren Häusern liegt das geraubte Gut der Armen“. Ökonomisch-theologische Beiträge zur Verschuldungskrise v. K. Füssel, F. Hinkelammert, M. Mugglin, R. Vidales. Ed. Exodus, Fribourg/Brig 1989.
 - 7) Vgl. zu diesem Erklärungsansatz vor allem auch: Georg Simonis: *Der Entwicklungsstaat in der Krise*, in: Franz Nuscheler (Hrsg.): *Dritte-Welt-Forschung. Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik* (= „PVS“-Sonderheft 16), Opladen 1985, S. 157-183.
 - 8) Vgl. zu dieser Diskussion u.a.: Gerd Junne: *Neue Technologien bedrohen die Entwicklungsländer*, in: „Prokla“, Heft 60/1985, S. 142-159.
 - 9) In diesem Zusammenhang ist es nur von sekundärer Bedeutung, ob die Krise stadientheoretisch als Krise des staatsmonopolistischen Regulierungssystems vor dem Hintergrund struktureller Überakkumulationstendenzen, wellentheoretisch als Ende einer „langen Welle“ kapitalistischer Prosperität oder regulationstheoretisch als Ausdruck der Erschöpfung des „fordistischen“ Akkumulationsmodells interpretiert wird (als Überblick zu dieser Debatte siehe: *Kontroversen zur Krisentheorie. Überakkumulation, Verschuldung, Nachfragepolitik und Alternativen*, Hamburg, 1986). Entscheidend ist die gemeinsame Betonung struktureller gegenüber zyklischen Krisenfaktoren, die Hervorhebung des Bruchs in der kapitalistischen Nachkriegsentwicklung sowie die Erkenntnis, dass die Krise über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus das kapitalistische Weltsystem in seiner Gesamtheit erfasst.
 - 10) Vgl. Rudolf Hickel: *Ein neuer Typ der Akkumulation? Anatomie des ökonomischen Strukturwandels – Kritik der Marktorthodoxie*, Hamburg 1987.
 - 11) Vgl. Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye: *Die neue internationale Arbeitsteilung*, Reinbek bei Hamburg 1977; sowie: dies: *Umbruch in der Weltwirtschaft*, Reinbek bei Hamburg 1986.
 - 12) Vgl. vor allem: Elmar Altvater: *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg 1987.
 - 13) Vgl. Wolfgang Adrian/Bernhard Reisch: *Überlegungen zu einer Neuorientierung von Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit*, in: „vierteljahresberichte. Probleme der Entwicklungsländer“, Nr. 111, März 1988, S. 21.
 - 14) Modelle dafür gibt es längst, vgl. zuletzt: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: *Schuldenerlass statt Erpressung. Sondermemorandum zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Berlin vom 27. bis 29. September 1988*, in: „Blätter“, 11/1988, S. 1380-1388.
 - 15) Dies ist bis heute allerdings keineswegs Gemeingut unter den Kräften „links der politischen Mitte“; siehe hierzu sowohl: Adrian/Reisch (Anm. 13), S. 20, als auch (zur Frage der entwicklungspolitischen Konditionalität) ganz besonders: Peter Körner/Gero Maass/Thomas Siebold/Rainer Tetzlaff: *Im Teufelskreis der Verschuldung. Der internationale Währungsfonds und die Dritte Welt*, Hamburg 1984, vor allem S. 214 ff.
 - 16) Vgl. als eine bemerkenswerte Stimme hierzu: *Die Dominanz des Ökonomischen durchbrechen – in Gerechtigkeit investieren. Plädoyer im konziliaren Prozess, Plädoyer für eine ökumenische Zukunft e.V.*, Sonderdruck der „Jungen Kirche“. Beilage zu Heft 4/April 1988.
 - 17) Dies richtet sich gegen die simplifizierende Rede von der ökonomischen Interessenidentität ebenso wie gegen die gleichermassen undifferenzierte und klassenanalytisch sinnlose Behauptung eines „Ausbeutungsverhältnisses“ zwischen lohnabhängig Beschäftigten hierzulande und in der Dritten Welt. Vgl. zum letzteren: Maria Mies: *Die Krise ist eine Chance. Subsistenz statt „Entwicklung“ in: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise*. Hamburg 1988, S. 188 ff.
 - 18) Auf dieses Erfordernis hat in zahlreichen Diskussionen explizit immer wieder Peter Wahl hingewiesen.
 - 19) Vgl. zu letzterem: Gabriela Simon: *Späte Einsicht. In Lateinamerika kommt die regionale Wirtschaftskooperation in Gang*, in: „epd-Entwicklungspolitik“, 5-6/1988, S. 15-17.
 - 20) Einen Schritt in diese Richtung bedeutet die aus der IWF/Weltbank-Kampagne hervorgegangene „West-Berliner-Erklärung“, die auf dem Internationalen Gegenkongress am 24. September 1988 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde; dokumentiert in diesem Widerspruch-Sonderband.